

Schweiz: Strafanzeige gegen BAG wegen Aufklärungsbroschüre

Die Broschüre «Hey You» klärt Kinder und Jugendliche über Sex, Verhütung und Weiteres auf. Der konservative Verein Schutzinitiative sieht darin eine Gefährdung der sexuellen Entwicklung von Kindern. Der Verein wirft zudem dem BAG vor, es habe Steuergelder verschwendet.



Im vergangenen Jahr veröffentlichte die Organisation Sexuelle Gesundheit Schweiz eine Aufklärungsbroschüre für Jugendliche ab 12 Jahren zum Thema Liebe, Sex, Verhütung und mehr. Nun hat der Verein Schutzinitiative gegen die Herausgeber und die Redaktorinnen dieser Broschüre Strafanzeige eingereicht und geht gegen das Bundesamt für Gesundheit (BAG) vor.

Anklage wegen sexuellen Handlungen mit Kindern

Finanziert wird die Broschüre «Hey You» vom Bund. Diese animiere Kinder und Jugendliche zum Gebrauch von Sexspielzeugen wie Umschnalldildos, Lecktücher und Anal Plugs, heisst es in einer Mitteilung des Vereins Schutzinitiative. Konkret wird den Verantwortlichen vorgeworfen gegen Art. 187 des Strafgesetzbuchs verstossen zu haben.

In diesem ist festgehalten: Wer mit einem Kind unter 16 Jahren eine sexuelle Handlung vornimmt, es zu einer solchen Handlung verleitet oder es in eine sexuelle Handlung einbezieht, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft.

Kein gesundes Mass an Sexualaufklärung

Gemäss dem konservativen Verein haben die Verantwortlichen von «Hey You» nicht sichergestellt, dass Kinder unter 16 Jahren vor verfrühten sexuellen Erfahrungen geschützt werden. In der Broschüre gebe es Passagen, die Kinder zum Gebrauch von Sexspielzeugen inspiriere und sie somit zu einer sexuellen Handlung verleite. Zudem beinhalte die Broschüre gezielte Handlungsanweisungen und Empfehlung von Social-Media-Kanälen, in denen Sexualpraktiken propagiert werden, die über ein gesundes Mass an erlaubter Sexualaufklärung hinaus gehen.

Der Verein Schutzinitiative geht zudem verwaltungsrechtlich gegen das BAG vor. Dieses habe Steuergelder verschleudert. Es könne und dürfe nicht sein, dass die «Eltern und die übrigen Steuerzahler durch die Finanzierung dieser Porno-Broschüre auch noch dafür bezahlen müssen, dass ihre Kinder auf unerlaubte und strafbare Weise zu sexuellen Handlungen verleitet werden, die ihre gesunde Entwicklung beeinträchtigen können», schreibt der Verein. Diese Verschleuderung müsse gestoppt werden.